

Länder müssen sparen

Vorarlberg und die meisten übrigen mit hoher Neuverschuldung.

SCHWARZACH. Schwacher Trost: Vorarlberg ist nicht allein. Fast alle Bundesländer erwarten auch für 2026 eine hohe Neuverschuldung. Hierzulande soll es sich ein weiteres Mal um rund 200 Millionen Euro handeln. In Salzburg geht man von 387, in Niederösterreich von 571 und in der Steiermark von 835 Millionen Euro aus. In Wien, das zugleich Gemeinde ist, rechnet man gar mit 2,7 Milliarden Euro. Da und dort wird noch gerechnet. Zum Beispiel in Tirol. Details wird Landeshauptmann und Finanzreferent Anton Mattle (ÖVP) Mitte November präsentieren. Sein Sprecher tut aber schon einmal Bemerkenswertes kund: Im Rahmen eines Doppelbudgets 2026/27 wolle man auf keine Neuverschuldung mehr kommen. Also das Ziel erreichen, das Mattle bereits im Frühjahr ausgegeben hat: „Tirol will als erstes Bundesland den Schulden-Turnaround schaffen und wieder ausgeglichen budgetieren.“ Das gilt nach wie vor. Was macht Tirol besser als Vorarlberg und andere? Der Sprecher von Mattle verweist auf eine Schuldenbremse, die das Land vor zwei Jahren eingeführt hat. Davon profitiere man.

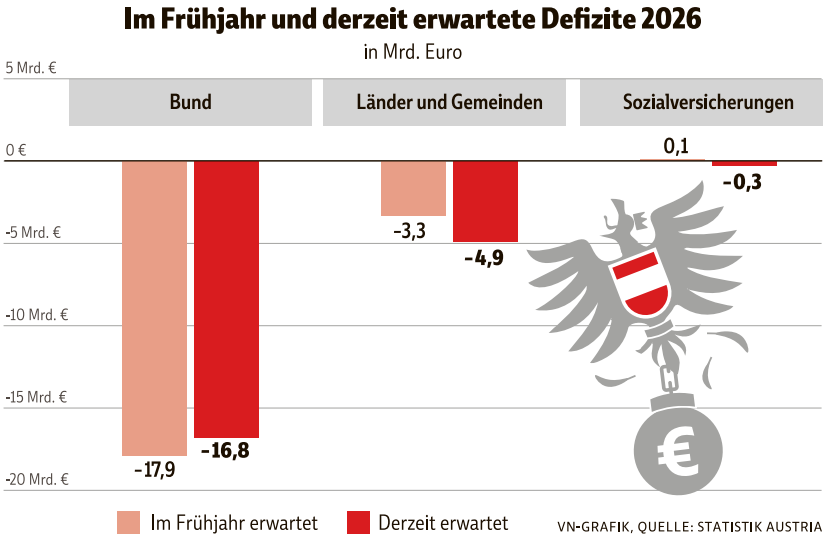
Neue Verteilung der Defizitlast

Weil bei Weitem nicht alle so ambitioniert sind, hat Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) wenig davon: Er, der gegenüber Brüssel die gesamtstaatliche Entwicklung zu verantworten hat, plant bereits um. 2026 soll der Bund demnach weniger neue Schulden machen als bisher von ihm vorgesehen, dafür soll es sich bei Ländern und Gemeinden zusammen um mehr

„Die Länder haben angefangen, einiges zu tun.“

Bernhard Grossmann
Fiskalrat

handeln dürfen. Wobei: Beim Bund soll es um 16,8 Milliarden Euro sowie bei Ländern und Gemeinden zusammen „nur“ um 4,9 Milliarden gehen. Laut Bernhard Grossman vom Fiskalrat fällt das jedoch ins Gewicht. Er sieht bei Ländern und Gemeinden eine erheb-



liche Gesamtsumme und warnt, dass die Entwicklung dazu führen könnte, dass man gesamtstaatlich nicht dorthin kommt, wo man hinwill: Von derzeit viereinhalb Prozent Neuverschuldung gemessen am BIP auf unter drei Prozent im Jahr 2029. Der Fiskalrat hat den gesetzlichen Auftrag, die Entwicklungen zu erfassen und zu analysieren. Grundsätzlich bestätigt Grossmann von Bregenz bis Eisenstadt Bemühungen, die Verhältnisse in Ordnung zu bringen: „Die Länder haben angefangen, einiges zu tun“, sagt er: „Es ist aber ein Tropfen auf den heißen Stein. Es geht erst um zig Millionen, sollte sich alles in allem aber um Milliarden handeln“, die bewegt werden müssten. Sprich: Es muss mehr gespart werden. Dass es so weit kommen konnte, hängt laut Grossmann damit zusammen, dass sich eine „Koste es, was es brauche“-Mentalität zu lange gehalten habe; zum Beispiel mit Unterstützungen zur Abfederung der Teuerung. Dazu komme ein „Prinzip Hoffnung, dass sich die Pro-

bleme schon wieder lösen werden oder der Bund die Lücke schließen wird. Das spielt es jedoch nicht“, so Grossman: „Der Bund ist nicht in der Lage dazu und es ist kein Wirtschaftsaufschwung in Sicht, durch den sich Probleme wie von selbst lösen.“

Personalkosten steigen

Verhängnisvoll sei, dass sich die Einnahmen zwar stark entwickeln würden, die Dynamik bei den Ausgaben aber noch stärker sei: „Bei ihnen fällt vor allem der Personalaufwand ins Gewicht. Inflationsbedingte Lohnanpassungen haben allein dazu beigetragen, dass er bei Ländern und Gemeinden im vergangenen Jahr um über zehn Prozent gestiegen ist.“

Veränderungen brauche es vor allem auch im Gesundheitswesen: „Klar ist, dass eine grundlegende Reform notwendig ist, die dazu führt, dass Zuständigkeiten klar getrennt werden und folglich die Zahl der Akteure reduziert wird. Ob die Gesundheit zur Gänze zum Bund kommt und die Bildung zur Gänze zu den Ländern, ist eine politische Entscheidung.“ Genau daran hapert es jedoch: Salzburgs Landeshauptfrau Karoline Edtstadler (ÖVP) ist jüngst mit einem entsprechenden Vorschlag so ziemlich allein geblieben. **JOH**

EINFACH
MEHR
ERFAHREN

<https://VN.AT/suoZ5c>

Neue Prüfungen stehen an

Evaluierungsprüfung mit Lob und Verbesserungspotenzial für Tourismus und Land.

BREGENZ Städte und Gemeinden sind auf Gebühren angewiesen. Ob für Abfall, für Wasser oder Kanal: Wer Infrastruktur einer Gemeinde nützt, muss sie über die Gebühren bezahlen. In jüngster Zeit schnellten die Gebühren auf vielen Ebenen in die Höhe, weil die Kosten steigen. Deshalb möchte sich der Landesrechnungshof nun ansehen, wie die Gebühren berechnet werden. Zudem hat er zwei Evaluierungsberichte abgeschlossen.

Es geht um die Prüfung des Vorarlberg Tourismus und die Prüfung der Auftragsvergaben auf Landesebene. Die Prüfung fiel für Vorarlberg Tourismus relativ positiv aus, dennoch fanden die Prüfer 22 Verbesserungsvorschläge. Nun hat der Rechnungshof untersucht, ob die Empfehlungen umgesetzt wurden. Nur eine ist es nicht, was der Rechnungshof lobend erwähnt. Rechnungshofdirektorin Brigitte Eggler-



Brigitte Eggler-Bargehr und ihr Team haben wieder evaluiert.

SERRA

Bargehr fügt aber an: „Hinsichtlich der Marken sehen wir weiterhin Synergiepotenziale.“

Aufwendig gestaltete sich eine zweite Evaluierungsprüfung. Im Jahr 2022 sah sich der Landesrechnungshof an, wie mehrere Abteilungen im Landhaus ihre Aufträge an externe Berater vergeben. Der Rechnungshof erstellte neun Kriterien für gute Vergaben. Mit diesem Katalog in der Hand haben sich die Prüfer nun wieder 17 Vergaben angesehen. Eggler-Bargehrs Fazit:

„Wir haben auch hier ein grundsätzlich gutes Ergebnis. Dennoch sehen wir bei wesentlichen Erfolgsfaktoren Verbesserungspotenzial.“ So würden zum Beispiel für bestimmte Vergaben die Regierungsbeschlüsse nicht rechtzeitig gefasst. „Und wir haben immer noch Aufträge gefunden, die nicht schriftlich erteilt worden sind.“

Derzeit befindet sich der Landesrechnungshof in der Endphase der Wahlwerbungsberichte für die Landtagswahl 2024. Sie sollen im Dezember noch den Parteien zur Stellungnahme präsentiert werden. Eggler-Bargehr rechnet mit einer Veröffentlichung Anfang des kommenden Jahres.

Indes laufen – wie erwähnt – die Vorbereitungen auf zwei neue Prüfungen. Die Prüfung der Gebührenkalkulation soll in mehreren Gemeinden durchgeführt werden. Zudem steht eine Prüfung im Landesbereich an. **VN-MIP**

EINFACH
MEHR
ERFAHREN

<https://VN.AT/suoZ5h>



Kommentar
Harald Walser

Mehr Diplomatie, bitte!

„Die einzige Sprache, die Russland versteht, ist die Sprache der Gewalt“, so zitiert „Der Spiegel“ den polnischen Schriftsteller Szczepan Twardoch. Das sind Sätze, die Angst machen – zumal sie von massiver Aufrüstung begleitet werden.

„Putins Armee ist nach fast vier Kriegsjahren bislang nicht in der Lage, die Ukraine in die Knie zu zwingen.“

Putins Armee ist nach fast vier Kriegsjahren bislang nicht in der Lage, die Ukraine in die Knie zu zwingen. Ist es da wahrscheinlich, dass der Kreml-Herr die NATO angreift? Unbestritten geht von Russland Gefahr für seine Nachbarn aus. Der fünftägige Krieg gegen Georgien im Jahr 2008 und der Krieg gegen die Ukraine beweisen das. Aber ein Krieg gegen die NATO?

2024 beliefen sich die weltweiten Militärausgaben auf 2718 Milliarden US-Dollar, um 9,4 mehr als 2023. Goldene Zeiten für die Waffenindustrie. Die Aktien des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall sind seit Beginn des Ukraine-Kriegs um über 2000 Prozent gestiegen.

Mehr als ein Drittel der Ausgaben entfällt auf die USA (997 Milliarden). Alle NATO-Staaten zusammen investierten insgesamt 1500 Milliarden in das Militär. Dann folgt mit deutlichem Abstand China (314). Und das unbestritten aggressive Russland? Nach drei Jahren Aufrüstung und mitten im Angriffskrieg gegen die Ukraine waren es 2024 149 Milliarden. Das ist zwar viel, aber dennoch nur ein Zehntel der Militärausgaben aller NATO-Staaten.

Wer einen russischen Angriff auf die NATO als unwahrscheinlich bezeichnet, wird schnell als „Putin-Versteher“ oder naiv ver-

unglimpft. Die deutsche Theologin Margot Käßmann hat kürzlich dazu den ehemaligen Brigadegeneral Erich Vad zitiert: Es gehöre „zu einer klugen Militärstrategie, den Feind zu verstehen“. Nur so bekomme man eine Idee davon, was ihn motiviert und wie er vorgehen will. „Putin-Versteher“ sei also eigentlich gar kein Schimpfwort.

Käßmann warnt zudem vor allem die Medien davor, angebliche Wahrheiten unhinterfragt zu übernehmen. Etwa die immer wieder auftauchende Behauptung, Russland könnte im Jahr 2029 die NATO angreifen: „Ich frage mich dann immer: Woher wissen das die Carlo Masalas und Sönke Neitzels dieser Republik so genau?“ Sie verweist darauf, dass es keine seriöse Quelle gibt, die so eine Behauptung belegt: „Das wird alles einfach nur behauptet.“ Sie finde das „extrem befremdlich“.

Angeichts der Stimmung in den westlichen Ländern wäre die Lektüre des Bestseller-Autors Erich Maria Remarque („Im Westen nichts Neues“) zu empfehlen. Der hat einmal gemeint: „Ich dachte immer, jeder sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind – besonders die, die nicht hingehen müssen.“

Die Aufgabe der Politik besteht darin, Kriege zu verhindern und der Diplomatie eine Chance zu geben. Ein neutrales Land wie Österreich wäre prädestiniert dafür, hier eine aktive Rolle einzunehmen und damit auch politischen Geisterfahrern wie Viktor Orbán den Wind aus den Segeln zu nehmen.

HARALD WALSER
harald.walser@vn.at

Harald Walser ist Historiker, ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat (Die Grünen) und AHS-Direktor.

KARIKATUR

Halloween!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT